

### Wachstum durch Kooperation: der Nordwestraum auf dem Weg zu einer 'Metropolregion'?

Heinze, Rolf G.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Vortrag / lecture

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Heinze, R. G. (2005). *Wachstum durch Kooperation: der Nordwestraum auf dem Weg zu einer 'Metropolregion'?*. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-121274>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## **Wachstum durch Kooperation: Der Nordwestraum auf dem Weg zu einer „Metropolregion“?**

Prof. Dr. Rolf G. Heinze, Ruhr-Universität Bochum

Vortrag am 14.6. 2005 in Bremerhaven („Bremerhavener Dialog“ der Friedrich-Ebert-Stiftung)

„Im internationalen Standortwettbewerb sind insbesondere die europäischen Regionen gefordert, sich mit ihrer Leistungsfähigkeit, ihren Kompetenzen und ihren spezifischen Angeboten national und europaweit zu profilieren. Damit verbindet sich für die Regionen die strukturpolitische Herausforderung, Chancen für die Entwicklung von Alleinstellungen und Wettbewerbsvorteilen zu kennen und zu nutzen. In diesen Wettbewerb tritt Nordwestdeutschland mit den spezifischen Vorteilen einer gesunden großflächigen Region mit starken urbanen Zentren ein“ (Resolution Europäische Metropolregion Bremen/ Oldenburg im Nordwestraum, Jever, 12. April 2005).

Dieses Zitat zeigt, dass sich der Nordwestraum seinen Herausforderungen stellt und die regionalen Handlungspotentiale aktiviert. Diese regionale Positionierung ist europaweit in den letzten Jahren – und auch in Niedersachsen konkret zu studieren. Hier haben sich in verschiedenen Teilräumen des Landes regionale Kooperationsprojekte herauskristallisiert, die die oft nicht hinreichend erkannten Potentiale und Kompetenzen bündeln und damit stärken. Es gibt also nicht nur „Metropolregionen“ in Agglomerationsräumen (wie London oder Amsterdam), interessant sind vor allem die regionalen Formierungsprozesse in vergleichbaren Regionen wie bspw. das „Medicon Valley“ in der Region Kopenhagen/Malmö, eine „cross-border region“, die darauf hinweist, dass auch der Nordwestraum über engere Kooperationsnetzwerke mit den niederländischen Grenzregionen hinarbeiten sollte. Im „Medicon Valley“ kommt zudem ein Spezifikum der neueren international ausgerichteten Standortprofilierungen hinzu: die Orientierung an **Kompetenzfeldern** oder Clustern und die hohe Bedeutung der Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

Die Begriffe Kompetenzfelder und Cluster werden in den meisten strukturpolitischen Diskussionen und auch generell in der Öffentlichkeit zumeist nicht scharf voneinander

abgegrenzt; sie sollen kurz folgendermaßen definiert werden. Cluster können als regionale Konzentrationen von Wertschöpfungsketten definiert werden, Kompetenzfelder thematisieren ebenfalls die regionalen Konzentrationen. Die regionalpolitische Ausrichtung zielt in diesem Zusammenhang auf Innovation und Wachstum und die bessere Nutzung technologischer Potenziale. Cluster können also mithelfen, Unternehmen am Standort zu halten und damit für Beschäftigung zu sorgen. Empirische Untersuchungen (etwa ganz aktuell in der Metall- und Elektroindustrie in Deutschland) zeigen eine hohe Korrelation zwischen der Existenz und Stärke von Clustern und der Beschäftigungs- und Wirtschaftsfähigkeit einer Region: „Eine Analyse der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Zeitraum 1998 bis 2004 zeigt, dass sich die Clusterbeschäftigung deutlich besser entwickelt hat als die Vergleichsgruppe der Nicht-Clusterbeschäftigung. ...Bei dem engeren Konzept ist die Beschäftigung der Clusterbranchen im Zeitraum 1998 bis 2004 um insgesamt 2,3 Prozent gewachsen, während die Nicht-Clusterbranchen Beschäftigungsverluste von 4,4 Prozent hinnehmen mussten“ (Lichtblau et al, Erfolgsfaktoren von M+E-Clustern in Deutschland, Vorabdruck aus IW-Trends, H. 2/ 2005, 10). Und auch andere Wirtschaftssektoren profitieren von solchen Clustern und regionalen Innovationssystemen.

Es muss also gerade auch im Nordwesten (und dies gilt besonders für Standorte mit besonderen Strukturproblemen) zentral auf die Stärkung der Wirtschafts- und Beschäftigungsfähigkeit durch räumlich konzentrierte Netzwerke, um die sich herum ein Kompetenzfeld arrangieren lässt, gesetzt werden. Dabei können sowohl der Staat und die Kommunen sowie andere öffentliche Institutionen durch die Schaffung von regionalen Infrastrukturen mitwirken, aber nicht vergessen werden dürfen die regionalen Unternehmen (und dies gilt vor allem für die „Leitunternehmen“). Sie sind aufgefordert, aktiv an der Initiierung und Moderation eines regionalen Kompetenzfeldes oder Standortverbunds mitzuarbeiten, wobei sich in diesem Kooperations- und Koordinationsverbänden die verbandlichen Interessenvertretungen profilieren können. Eine leitende These für strategische Überlegungen zur regionalen Standortpolitik ist deshalb die Frage, inwieweit aus den traditionellen Wertschöpfungsketten im zunehmenden Masse **Wertschöpfungsnetze** (vor allem in zukunftsfähigen Clustern)

werden. Um ein positives Klima für Innovationen zu entwickeln, braucht man neben den Infrastrukturen und den "harten" Faktoren wie die Anbindung an Verkehrswege, Gewerbeflächen, Bildungseinrichtungen etc. auch die "weichen" Faktoren. Gefragt sind also fruchtbare Allianzen zwischen Wirtschaftsunternehmen, der Politik und Verwaltung sowie der Wissenschaft. Der Standortvergleich herausragender innovativer Standorte hebt durchgängig die Existenz solcher Kooperationsstrukturen hervor, verweist aber auch auf die Bedeutung von regionalen Visionen. Nur die Standorte werden im globalisierten Wettbewerb überleben, die anspruchsvolle Produkte und Dienstleistungen in Zukunftsfeldern anbieten und vor allem eine "Kultur der Selbstständigkeit" etabliert haben. Dabei stellen folgende Faktoren den "Schlüssel" zu einer erfolgreichen und wettbewerbsfähigen Region dar:

- eine gute Verkehrsinfrastruktur mit Zugang zu einem internationalen Flughafen und einem modernen Telekommunikationsnetz,
- eine unternehmerische Kultur, die Forschung und Praxis in Kooperationen zu verbinden vermag,
- die räumliche Konzentration von branchengleichen Unternehmen - dabei ist räumlich Nähe nur in Verbindung mit einer Vernetzung der Unternehmen und einem gemeinsamen Lernprozess ein Schlüsselfaktor,
- schließlich eine kollektive Vision der regionalen Verantwortung, die von privater und öffentlicher Hand gemeinsam getragen und in institutionalisierten, kooperativen Strukturen gebündelt wird.

Zusammenfassend wächst die Bedeutung der Region als **wirtschaftspolitisches Handlungssubjekt!** Regionale Innovationsnetzwerke können aber weder politisch von oben verordnet werden, noch entfaltet sich das endogene Potential einer Region von allein. Externe Hilfestellungen sind oft notwendig, um Innovationen voranzubringen. So sind einerseits die zentralen Akteure gefordert, die Initiierung und Organisation eines Dialogs über regionale Zukunftsentwicklungen zu übernehmen, andererseits sind aber auch "Führungspersönlichkeiten" in der Region eminent wichtig. Hier sind in wachsendem Maße auch die Unternehmen gefordert und aufgrund der Handlungsrestriktionen der Politik (nicht nur aufgrund der finanziellen Krisen und Engpässe, sondern auch der Vertrauensverluste der politischen Parteien) dürfte diese

aktive Rolle der Unternehmen für den Aufbau zukunfts- und wettbewerbsfähiger Geschäftsfelder noch größere Bedeutung bekommen.

Der wirtschaftliche und damit beschäftigungspolitische Erfolg einzelner Wirtschaftsregionen hängt zukünftig immer stärker davon ab, ob es den Standorten gelingt, die bestehenden endogenen Potenziale - von den Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen bis hin zu den Wirtschaftsunternehmen - in leistungsfähigen Innovationssystemen zusammenzufassen und auch am Markt erfolgreich zu halten. Da auch keine neue Wachstumsbranche quasi aus dem Boden gestampft werden kann, müssen die bereits vorhandenen Kernbestände der Region und vor allem die synergetischen Potenziale der Wirtschaft und der Wissenschaft mobilisiert und in "Kompetenzprojekten" umgesetzt werden. Diese Empfehlung leitet sich sowohl aus der internationalen Forschung über die Wettbewerbsfähigkeit von Standorten als auch direkt aus den Erfahrungen mit der regionalisierten Strukturpolitik in verschiedenen westeuropäischen Regionen ab.

Die europaweit festzustellende Revitalisierung der regionalen Standortpolitik gilt deshalb auch für Niedersachsen und Bremen, die mit ihren historisch gewachsenen Wirtschaftsregionen vor neuen Herausforderungen stehen. Dies gilt vor allem für den **Arbeitsmarkt**: Schaut man auf die wirtschaftlichen Wachstumsraten der letzten Jahre, dann sind einige Landkreise aus dem Nordwest-Raum auf den vorderen Plätzen zu finden und gelten durchaus als „Best-Practice-Beispiele“ für eine erfolgreiche Regionalpolitik in ländlichen Regionen. Aber auch die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in anderen Teilen des Nordwest-Raums (etwa in Ostfriesland) ist wesentlich günstiger als noch in den 80er Jahren; aber auch hier zeigen sich gravierende Unterschiede zwischen einzelnen Zentren (etwa Wilhelmshaven und Emden). Problematischer stellt sich die Wirtschaftsentwicklung in Teilen des Küstenraums, im Unterweserraum sowie in der Jaderegion und speziell in Wilhelmshaven dar.

Die Arbeitslosenquote liegt noch immer über dem westdeutschen Durchschnitt (allerdings zeigen sich positive Veränderungen), wobei innerhalb des Bundeslandes sich Disparitäten hinsichtlich der Arbeitsmarktungleichgewichte zeigen: so liegen etwa viele Arbeitslosenquoten aus dem Nordwesten (etwa die Arbeitsamtbezirke Nordhorn und Osnabrück noch unter dem Bundesniveau). Etwas anders sieht es demgegenüber

im Arbeitsamtbezirk Leer und in den Küstenstädten sowie Bremen aus. Hier liegt die Arbeitslosenquote sowohl im Herbst 2004 relativ hoch (mit 13 Prozent) als auch im Frühjahr 2005 (im Mai lag die allerdings neu berechnete Quote bei 14,1 Prozent). Im Bereich der Agentur für Arbeit Bremerhaven lag die Arbeitslosenquote im Februar 2005 bei 19 und im Mai noch immer bei 17,4 Prozent (in der Stadt Bremerhaven sogar weiterhin über 20 Prozent). Die düstere Beschäftigungslage verdeutlicht folgende Passage aus dem aktuellen Arbeitsmarktbericht der hiesigen Agentur für Arbeit: „Zum vierten Mal in Folge nimmt im Agenturbezirk Bremerhaven die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vormonat ab. Hauptursache ist nicht die Nachfrage nach Arbeitskräften durch die Wirtschaft, sondern der Instrumenteneinsatz auf dem 2. Arbeitsmarkt. Insbesondere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen lassen die (statistische) Arbeitslosigkeit sinken. 18205 Menschen waren am Mai-Stichtag bei der Agentur für Arbeit Bremerhaven arbeitslos gemeldet. Im Agenturbezirk betrifft Arbeitslosigkeit jede sechste, in der Stadt Bremerhaven sogar jede vierte Erwerbperson. Trotz reger Tätigkeit auf Großbaustellen in der Stadt Bremerhaven wirkt sich dies nicht auf die Einstellungspolitik der ortsansässigen Unternehmen aus. Auch im Metall- und Schiffbau sowie in der Nahrungsmittelbranche bleiben Beschäftigung schaffende Impulse aus. Eine Entlastung des Arbeitslosenbestandes ist u.a. zuvor arbeitslosen Teilnehmern an Arbeitsgelegenheiten zur Verbesserung beruflicher Kenntnisse („1-Euro-Job“) und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zuzuschreiben. Im Mai waren 691 Personen in Arbeitsgelegenheiten tätig“ (Arbeitsmarktreport/Presseinformation 21/2005).

Einzelne Regionen an der Küste haben zudem große saisonale Schwankungen der Arbeitslosigkeit aufgrund der starken Prägung durch den Tourismus und das Baugewerbe. Die geringsten Beschäftigungsprobleme im Nordwest-Raum haben zusammengenommen die ländlichen Regionen im westlichen Niedersachsen sowie im Umlandbereich von Bremen.

In der NIW-Studie zur Positionsbestimmung Niedersachsens von 2004 werden aus dem Nordwest-Raum nur der Küstenraum, (insbesondere der Unterweserraum mit den Landkreisen Wesermarsch und Cuxhaven wie auch die struktur- und entwicklungsschwache Stadt Bremerhaven) als Regionen mit besonderen Struktur- und Entwicklungsproblemen charakterisiert.

Mit **Standortvergleichen** sollte man einerseits vorsichtig sein, andererseits bieten sie durch die aufbereiteten Informationen durchaus Aufklärung über die eigene sozioökonomische Situation. Stärken und Schwächen im Benchmarking können so zur Schärfung des Bewusstseins hilfreich sein. Trotz dieser Einschränkungen sollten also die in letzter Zeit publizierten Rankings für eine Neuausrichtung und Profilierung der Regionen durchaus genutzt werden. Dies betrifft vor allem die bereits positiv erwähnten Wirtschaftsregionen im Nordwesten (wie etwa Oldenburg), die auch in der Prognos-Studie als Regionen mit Zukunftschancen gesehen werden. Bremen und die anderen Regionen im Nordwesten gelten als Regionen mit ausgeglichenem Chancen-Risiko-Mix, während Bremerhaven und der Landkreis Wittmund zu den Regionen mit hohen Zukunftsrisiken gezählt werden. Auch andere Institute (etwa das Institut für Wirtschaftsforschung „BAW“ aus Bremen) haben den Standort Nord-West näher untersucht und festgestellt, dass die Fläche durchaus wirtschaftlich floriert, während sich die meisten Städte als Wachstumspole abschwächen und manche Städte sogar drohen „auszubluten“.

#### **Zwischenfazit:**

Manche Regionen im Nordwesten erzielten in den letzten Jahren durch ihr gutes Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum gute Platzierungen in verschiedenen Standortvergleichen und Rankings. Dies liegt vor allem an der „robusteren“ Wirtschaftsstruktur und der stärkeren Mittelstandsprägung. Diese wirtschaftlichen Potentiale werden leider „außen“ nicht immer adäquat wahrgenommen und auch vielen Akteuren im Nordwestraum sind diese „Outperformer-Qualitäten“ nicht hinreichend bewusst. Das wirtschaftliche Potential muss deshalb stärker verdeutlicht, mit einem besseren regionalen Standortmarketing und insgesamt einer zu intensivierenden regionalen Selbststeuerung verbunden werden.

Regionale Clusterbildungen sind in den letzten Jahren in sehr vielen Wirtschaftsregionen zur Anwendung gekommen und werden durch EU-Programme massiv unterstützt. Inzwischen liegen auch Erfahrungen aus verschiedenen westeuropäischen Regionen mit dem Clusteransatz vor, die eine Varianz aufzeigen. Von einer schlichten Kopie ist also abzuraten, vielmehr sollten die Grundzüge der strategischen Neuausrichtung „verstanden“ werden und sodann sollten die

**spezifischen Entwicklungspotentiale** der Region identifiziert und profiliert werden. Dabei müssen die relevanten Akteure in regionale Netzwerke zur Entwicklung und Absicherung von Beschäftigung eingebunden werden. Cluster und Netzwerke leben zwar von der Interaktion, dürfen aber nicht zum Selbstzweck werden! Aus „runden Tischen“ dürfen keine „langen Bänke“ werden (wie in manchen Regionen), vielmehr gilt es, ein begleitendes und „kontrollierendes“ regionales Standortmanagement aufzubauen. Dieses muss auf einer Stärken- und Schwächeanalyse basieren, wettbewerbsfähige Kompetenzpotentiale ermitteln und eine starke Projektorientierung haben. Zudem gilt es eine Kommunikationsstrategie aufzubauen, die auf die „Outperformer-Qualitäten“ und die spezifischen Alleinstellungsmerkmale der regionalen Kompetenzfelder hinweist. „Abgerundet“ wird das regionale Standortmanagement durch ein Controlling und eine Erfolgskontrolle.

Gefragt sind vor allem fruchtbare Allianzen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft. Der Standortvergleich herausragender innovativer Standorte hebt durchgängig die Existenz solcher Kooperationsstrukturen und Netzwerke heraus, verweist aber auch auf die Bedeutung von Visionen. Nur die Standorte werden im globalisierten Wettbewerb überleben, die anspruchsvolle Produkte und Dienstleistungen in Zukunftsfeldern anbieten und eine Balance zwischen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Absicherung realisieren können. Gefragt sind also sowohl strukturelle Reformen im traditionellen sozialen Sicherungssystem als auch Strategien, die den wohlfahrtsstaatlichen Sektor selbst als Innovations- und Wachstumspotenzial sehen.

Die Politik muss also vom Prinzip der Statuskonservierung umorientiert werden in Richtung auf eine bessere **Nutzung der regionalen Innovationspotentiale**. Es gilt zudem, den Wohlfahrtsstaat nicht nur als Last, sondern als soziale Investition zu begreifen, wobei der Sektor der wissensintensiven Dienstleistungen zukünftig eine zentrale Rolle spielt. Der Umbau des bundesrepublikanischen Sozialstaates sollte sich deshalb auch nicht am Leitbild der minimalistischen Version (etwa an den selektiven Sozialstaatsinstitutionen des angelsächsischen Wohlfahrtskapitalismus) orientieren, sondern muss - basierend auf seinen Stärken - neue Innovationsschwerpunkte kreieren, die sowohl sozialintegrierend als auch beschäftigungsfördernd wirken. Nur so kann ein Ausbruch aus der Sackgasse gelingen, in die sich die defensiv geführten

Diskussionen um die hohen Kosten des Wohlfahrtsstaates oder aktuell um die Probleme einer „ergrauenden“ Gesellschaft manövriert haben.

Wie eine Runderneuerung des passivierenden deutschen Wohlfahrtsmodells aussehen kann, haben uns mehrere europäische Länder vorgemacht. Dort ist es gelungen, einer wachsenden Zahl von Frauen, Jungen und Alten neuen Zugang zu bezahlter Erwerbsarbeit zu verschaffen, ohne dass dabei das "Rheinland" des sozial und solidarisch regulierten Kapitalismus kontinentaleuropäischer Prägung verlassen werden musste. Alle entwickelten Industriegesellschaften haben in den letzten Jahrzehnten neue Beschäftigung fast ausschließlich im **Dienstleistungssektor** aufbauen können und dabei die Beschäftigungsquote der Frauen spürbar erhöht. Auf den ersten Blick erscheint somit das vielzitierte Schlagwort von der "Dienstleistungsgesellschaft" gerechtfertigt, allerdings mit unterdurchschnittlicher Ausprägung im europäischen Vergleich.

Relativ unbemerkt von den klassischen Dienstleistungsfeldern haben sich insbesondere die personenbezogenen Dienste zu wichtigen Beschäftigungsfeldern profiliert. Ihr Wachstum geht auf gesellschaftliche Wandlungs- und Differenzierungstrends zurück, die zu einer Auslagerung von Diensten aus dem familiären und häuslichen Bereich führen. So gelten die Alterung der Gesellschaft, der medizinisch-technische Fortschritt und die steigende weibliche Erwerbsquote als wesentliche Faktoren für das Wachstum der sozialen Dienste und speziell der Gesundheitswirtschaft (und dies gilt auch für Niedersachsen mit seinen Teilregionen). Das „**Gesundheitscluster**“ oder die **Gesundheitswirtschaft** ist ein in den letzten Jahren stark wachsender Wirtschaftssektor geworden, der von vielen Experten als Zukunftsbranche gesehen wird. Das Clustermodell orientiert sich nicht an der traditionellen Unterscheidung von Prävention, Kuration und Rehabilitation, sondern es ordnet die Einrichtungen und Unternehmen der Gesundheitswirtschaft gemäß ihrer Stellung entlang der entsprechenden Wertschöpfungsketten. Drei Bereiche lassen sich in idealtypischer Form unterscheiden.

- Der **Kernbereich** der ambulanten und stationären Gesundheitsversorgung: Dieser zählt zu den beschäftigungsintensiven Dienstleistungsbereichen (Krankenhäuser, Arztpraxen, Apotheken etc).
- Die **Vorleistungs- und Zulieferindustrien**: Hierzu zählen neben den „Health Care Industries“ (Pharmazeutische Industrie, Medizin- und Gerontotechnik etc) das Gesundheitshandwerk sowie der Handel mit medizinischen Produkten.
- **Randbereiche und Nachbarbranchen** des Gesundheitswesens: Hier sind vor allem Freizeit- und Wellness-Einrichtungen, aber auch die Ernährung zu nennen. In der Verknüpfung gesundheitsbezogener Dienstleistungen mit diesen Angeboten liegen große Chancen für die Gesundheitswirtschaft, um ihr Angebotsspektrum auszuweiten und zusätzliche private Nachfrage zu mobilisieren.

Bereits Mitte der 90er Jahre waren in diesem sich neu herausstrukturierendem Sektor (man könnte auch von einem neuen Wertschöpfungsnetzwerk sprechen) gut vier Millionen Menschen beschäftigt; der Anteil an der Gesamtbeschäftigung betrug damit gut 11 Prozent und dürfte heute bei knapp 15 Prozent liegen (im engeren Bereich des traditionellen Gesundheitswesens waren im Jahr 2001 bereits mehr als 4,1 Millionen Erwerbstätige beschäftigt). Trotz der beeindruckenden Arbeitsmarktbilanz ist aber davor zu warnen, dass Wachstum und Beschäftigung in der Gesundheits- und Sozialwirtschaft Selbstläufer sind, vielmehr muss dieser Prozess durch entsprechend ausgerichtete Entwicklungsstrategien in der Gesundheitswirtschaft selbst und in der Gesundheitspolitik gefördert werden.

Als positive Einflussfaktoren für eine Expansion der Gesundheitswirtschaft wirken weiterhin:

- Der **demographische Wandel**: Die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung wird zu einer weiter wachsenden Nachfrage nach sozialen und gesundheitsbezogenen Dienstleistungen und Produkten führen.

- Der **soziale und kulturelle Wandel**: Mit zunehmender Frauenerwerbstätigkeit geht eine steigende Beschäftigung im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen (und damit auch in den Berufen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft) einher.
- Der **medizinisch-technische Fortschritt**: Als eine weitere Wachstumsquelle erwiesen sich in den vergangenen Jahren medizinisch-technische Innovationen.
- Wachsendes **Konsumenteninteresse an Lebensqualität**: In den letzten Jahren zeigt sich, dass die Menschen mehr Zeit und private Mittel aufwenden, um es sich körperlich und geistig gut gehen zu lassen (schon heute investieren mit wachsender Tendenz rund zwei Drittel der Bevölkerung regelmäßig in Gesundheitsvorsorge).

Generell gilt aber, dass auch in diesem sowohl wirtschafts- und beschäftigungs- als auch regionalpolitisch interessantem Handlungsfeld der Innovationsstagnation in Deutschland überwunden werden muss. Deutschland gilt schon länger als Land, in dem zwar viele Durchbrüche zu neuen Produkten und Verfahren vorbereitet werden, das sich jedoch schwer damit tut, das vorhandene Wissen aufzugreifen und zu Standardangeboten zu verdichten. Scheinbar ist es in anderen vergleichbaren Ländern leichter, Mittel und Ressourcen für die Weiterentwicklung innovativer Ansätze zu mobilisieren, was gerade für die „Megatrends“ Gesundheit und Wellness, die sich schon als Wachstumsmotoren erwiesen und glänzende Zukunftsaussichten haben, besonders problematisch wäre. Beispiele dafür, dass dadurch große Chancen für den Wirtschafts- und Sozialstandort verspielt werden, sind sowohl in der Medizintechnik als auch in der Telekommunikation zu finden (etwa bei der Faxtechnik oder der Endoskopie). Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass Themen aus der Medizintechnologie oder auch den life sciences in den letzten Jahren sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Politik vermehrte Aufmerksamkeit erhielten, so dass in Zukunft mit besseren Umsetzungsbedingungen für Innovationen gerechnet werden kann.

Was bedeutet dies nun für den Nordwesten?

Auch hier wird inzwischen explizit vom Kompetenzfeld **Life Science** oder (in meiner Definition) **Gesundheitswirtschaft** gesprochen und es scheinen auch interessante Anknüpfungspunkte in der Region für ein solches Cluster zu bestehen. Dies gilt für verschiedene Felder: zum einen für den Bereich der **Ernährungsmittelproduktion**; hier sind bedeutsame Unternehmen aus dem Nordwestraum seit Jahren erfolgreich tätig. Gerade aufgrund des Wandels der Nahrungsmittel zu „Wellness-Produkten“ und dem Trend zu mehr Lebensqualität und gesündere Konsumstrukturen könnte dieser Sektor – in Kombination mit der Gesundheitswirtschaft – sich noch weiter profilieren. Wenn man über den Kernbereich der Gesundheitsversorgung hinausgeht und die Gesundheitswirtschaft als wirtschaftliches Leitbild sieht (zu der u.a. auch die Medizintechnik, Teile der Ernährungswirtschaft sowie große Teile der touristischen Infrastruktur zählen), dann lassen sich noch weitere Potentiale entfalten. Der Gesundheitsmarkt spielt – und dies wird zunehmen auch wahrgenommen und kommuniziert - eine zentrale Rolle bei der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands und deshalb müssen die Wachstumspotentiale in diesem Sektor auch in den Regionen entfaltet werden. Verschiedene Standorte tun dies bereits aktiv und präsentieren sich als Gesundheitsregionen (gerade auch in anderen nördlichen Bundesländern).

Andere Studien zum Standort Niedersachsen (etwa aus dem Niedersächsischem Institut für Wirtschaftsforschung: „Positionsbestimmung Niedersachsen“, Hannover 2004) thematisieren ebenfalls das Kompetenzfeld **Life Science** für zukünftige regionale Innovationen. Niedersachsen und Bremen sind vom Potential her auch relativ gut in der Gesundheitswirtschaft aufgestellt (für den Landkreis Osnabrück wurde vor kurzem eine Studie zur Gesundheitswirtschaft vorgestellt, die auf die große Bedeutung dieses Clusters für die Wirtschaftsstruktur mit rund 14 Prozent der Beschäftigten hinweist), allerdings gibt es noch viele **ungenutzte Entwicklungsmöglichkeiten** (etwa im Gesundheitstourismus) in den an sich dafür prädestinierten Regionen. Die Notwendigkeit für zügiges, regional koordiniertes Handeln, um die Potential aktiv zu nutzen, muss auch hier betont werden, da sich dieses Branchencluster im Umbruch befindet und auch die Konkurrenzregionen ihre Kräfte bündeln. Auch hier geht es wieder um eine sowohl nach innen wirkende Kooperationsfähigkeit als auch um ein besseres Standortmarketing. Regionale Profilierung in ausgewählten Kompetenzfeldern – dies ist der Tenor, um sich als attraktiver Standort mit Zukunft zu

präsentieren. Vor dem Hintergrund der verschärften Konkurrenz der Regionen und dem Zusammenwachsen Europas müssen dafür auch administrative Grenzziehungen überwunden werden.

Und genau dies ist ja auch inzwischen geschehen: im April 2005 haben sich neun Landkreise, drei kreisfreie Städte sowie das Land Bremen und weitere regionale Akteure (Wirtschaftskammern etc) zur **Metropolregion Bremen-Oldenburg** bekannt. Inzwischen ist dieser regionale Formierungsprozess auch von der Bundesregierung bzw. der Ministerkonferenz für Raumordnung anerkannt worden; das Konzept der europäischen Metropolregion wird dabei nicht als Prädikat in einem Schönheitswettbewerb verstanden, sondern als Auszeichnung für die regionale Zukunftsfähigkeit.

In Niedersachsen ist damit neben der Metropolregion Hannover/Braunschweig/Göttingen ein weiterer regionalpolitischer Player mit rund 2,4 Millionen Einwohnern (sowie eine Vielzahl von Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, Hochschulen, Unternehmen etc) im Raum Bremen/Oldenburg aufgestellt. „Im nordwestdeutschen Raum hat sich bereits seit mehreren Jahren eine intensive großräumige Kooperation in strukturpolitischen Fragen entwickelt, die einerseits regional verankert, andererseits durch die Länder Bremen und Niedersachsen getragen und durch die hiesige Wirtschaft unterstützt wird. Den Kernraum der regionalen Zusammenarbeit bildet das Land Bremen mit seinen Verflechtungen im Kooperationsraum der RAG Bremen/Niedersachsen sowie das ehemalige Land Oldenburg repräsentiert durch die Strukturkonferenz - mit anderen Worten: die Europäische Metropolregion Bremen/Oldenburg im Nordwesten“ (Resolution Europäische Metropolregion Bremen/Oldenburg...,aaO). Folgende Institutionen tragen die regionale Kooperation:

- Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen
- Parlamentarischer Beirat der RAG Bremen/Niedersachsen
- Strukturkonferenz Land Oldenburg
- Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e.V.
- Regionalforum Bremerhaven
- Regionalforum Oldenburg
- Oldenburgische Landschaft

- Zweckverband Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen
- Verkehrsverbund Bremen/Niedersachsen GmbH
- Deutscher Gewerkschaftsbund, Region Elbe-Weser für DGB-Regionen im Nordwesten
- Handelskammer Bremen
- Industrie- und Handelskammer Bremerhaven
- Oldenburgische Industrie- und Handelskammer
- Industrie- und Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg
- Industrie- und Handelskammer Stade für den Elbe-Weser-Raum
- Industrie- und Handelskammer Hannover
- Wirtschaftsverband Weser e.V.

Die überregionale Aufmerksamkeit wird vor allem dann gelingen, wenn die in den letzten Jahren überdurchschnittliche wirtschaftliche Dynamik des Nordwestraums stabilisiert wird und weitere regionale Verflechtungen in zukunftsfähigen Kompetenzprojekten realisiert werden. Man sollte sich rasch auf den Weg machen, um konkret gemeinsame Wege zu beschreiten und sich nicht kurzfristig über ein „Metropolparlament“ streiten. Bevor ein Parlament für den ganzen Nordwestraum geschaffen wird (wenn es überhaupt notwendig ist), können sich bereits in vielen Feldern Synergieeffekte herauskristallisieren.

Die Verschärfung des Standortwettbewerbs hat bereits an anderen Standorten zu einer wachsenden Regionsformierung geführt. Schaut man nach Norddeutschland, dann präsentieren sich inzwischen die großen Standorte wie Hamburg oder Hannover als „Metropolregionen“ und auch andere Regionen formieren sich (etwa Wolfsburg). Hinzu kommen weitere – auch politisch-institutionelle Verflechtungen zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein, die insgesamt darauf hinweisen, dass sich hier neue regionalpolitische Player aufstellen und **Regionalmarketing** sowie Regionalmanagement immer bedeutsamer wird. Vor diesem Hintergrund muss auch der Nordwestraum sich mit einem innovationsorientierten Standortmarketing sowie konkreten Kooperationsprojekten beschäftigen. Die Konkurrenz in anderen Regionen schläft nicht; dies gilt sowohl für den Norden als auch den Westen (Nordrhein-Westfalen setzt seit Jahren auf eine Regionalisierung der Strukturpolitik).

In Niedersachsen formieren sich einerseits die großen Standorte, aber auch bislang noch „namenlose“ Regionen (etwa das Weserbergland) haben inzwischen ein gemeinsames Regionenmarketing gestartet mit dem Ziel, die Attraktivität für Unternehmen, Wissenschaft sowie qualifizierte Erwerbstätige zu erhöhen und insgesamt den Standort zu profilieren.

Im Nordwestraum werden derzeit folgende **Kompetenzfelder** explizit als zukunftsfähig angesehen:

- Ernährungswirtschaft und Lebensmitteltechnologie
- On- und Off-shore-Windenergie
- Marine Biotechnologie
- Informationstechnik sowie
- Tourismus

Hinzufügen sollte man noch, dass gerade in der Überschneidung verschiedener Felder (etwa Gesundheit und Tourismus oder Gesundheit und Ernährung) interessante regionale Entwicklungspotentiale liegen. Dies gilt auch für andere Kompetenzfelder; ohne eine Verstärkung der wechselseitigen Kontakte zwischen Wirtschaft und Wissenschaft wird die in Rankings immer wieder bestätigte gute Position des Nordwestens nicht zu halten sein!

In der schon erwähnten Studie des Bremer Instituts für Wirtschaftsforschung wird ebenfalls auf die Clusterstrategie und die Profilierung in Kompetenzfeldern gesetzt (u.a. in der maritimen Logistik).

Durch die Verabschiedung eines gemeinsamen Hafenkonzpts können die bestehenden Infrastrukturen gestärkt und die Potentiale noch besser genutzt werden. Das Logistikcluster kann allerdings seine Potentiale nur entfalten vor dem Hintergrund einer weiteren Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur (vor allem in Fernstraßennetz). Komplementär zur maritimen Wirtschaft, die sich immer stärker auch als Logistikcluster darstellt, ist insgesamt das Kompetenzfeld Logistik/Mobilität für den Nordwestraum interessant, zumal hier spezifisch profilierte Unternehmen (etwa Speditionen) als auch branchenqualifizierte Arbeitskräfte vorhanden sind. Die Kontakte zu den Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssten erfasst und ein regelmäßiger Austausch zwischen den Akteuren initiiert werden.

Aufgrund der agrarischen Prägung vieler Landkreise im Nordwesten müsste auch das Kompetenzfeld „Nachwachsende Rohstoffe“ hinsichtlich der regionalspezifischen Potentiale näher betrachtet werden. Vor dem Hintergrund des agrarstrukturellen Wandels und des Übergangs von Teilen der Landwirte zu Energiewirten (die bspw. eine Bioenergieanlage betreiben) oder Möglichkeiten im Bereich der Faserweiterverarbeitung scheinen hier interessante Anknüpfungspunkte in der Region für ein solches Cluster zu bestehen. Im Emsland hat sich im Rahmen der Regionalen Innovationsstrategie Weser-Ems (RIS) – ein Zusammenschluss aus den Landkreisen mit Wirtschaftsakteuren – auch bereits ein „Kompetenzzentrum Nachwachsende Rohstoffe“ gebildet, das als landesweites Kompetenzfeld wirken soll.

In dem Themenbereich **Wissenschaft und Forschung** gibt es bereits vielfältige Formen der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus Niedersachsen und Bremen (etwa die Universitäten Oldenburg und Bremen), die in den nächsten Jahren weiter vertieft und ausgeweitet werden sollen. Anzustreben ist eine engere Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen. Dies gilt auch in der **Verkehrspolitik**, die aufgrund der hohen Pendlerströme aus den Bremer Umlandkreisen von großer Bedeutung gerade für die Bevölkerung ist. Die Umlandkreise aus Niedersachsen können noch besser in den Verkehrsverbund einbezogen werden; beim weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (bspw. der geplanten Küstenautobahn) funktioniert die regionale Kooperation recht gut. Auch im Bereich der Wirtschaftsförderung (etwa hinsichtlich des Aufbaus eines Gewerbeflächeninformationssystems) oder im Bereich des Tourismus gibt es in den Teilregionen verschiedene gemeinsame Projektvorhaben, diese müssen aber ausgebaut werden. Dies gilt auch für die Präsentation eines gemeinsamen Logos als ersten Teilschritt einer geplanten gemeinsamen Regionalmarketingkampagne.

Voraussetzung für den zukünftigen Erfolg einer metropolregion Bremen-Oldenburg ist ein relativ hohes Maß an Selbststeuerungsfähigkeit in der Region; ohne die Fähigkeit zur "regional governance" und ein gewachsenes Vertrauen zwischen den Akteuren werden sich Leuchtturmprojekte mit überregionaler Strahlkraft kaum entwickeln.

Es dürfte klar sein, dass im zukünftigen Standortwettbewerb – und dies gilt auch für die Förderung von gemeinsamen Projekten durch die EU - die erfolgreichen Regionen **tendenziell größer** sein werden und über mehr „kritische Masse“ an Forschung und

Entwicklung, verfügbaren Qualifikationen sowie leistungsfähigen und vernetzten Unternehmen verfügen müssen. Und gerade vor dem Hintergrund der ausländischen Beispiele sollte immer wieder daran erinnert werden, was an erster Stelle auch bei regionaler Kooperation stehen sollte: „From Concept to Reality“. Dies ist in einer so in Konzepte und Grundsatzdebatten „verliebten“, aber auch rechtlich hoch regulierten Republik wie Deutschland allerdings etwas schwieriger umzusetzen. Der Pragmatismus als kulturelle Leitorientierung sollte aber bei allen Diskussionen um eine Effektivierung des regionalen Standortmanagements nicht vergessen werden. Der Erfolgsfaktor Kooperation und regionales Standortmarketing wird auch im Standortvergleich wachstumsstarker Standorte durchgängig hervorgehoben. Gerade im europäischen Kontext ist auffällig, wie sich aufgrund der neuen politischen Architektur viele Regionen neu formieren, um im Wettbewerb bestehen zu können. Die These, der zufolge die Förderung von Kompetenzfeldern weitere Wertschöpfung in die Region bringt, wird jedoch nicht nur konzeptionell angedacht, sondern auch umgesetzt!

Entscheidend für den Erfolg einer solchen clusterorientierten und regional ausgerichteten Strukturpolitik wird es gerade auch im Nordwestraum sein, ob eine Vermittlung zwischen den verschiedenen Kulturen der einzelnen Akteure (von den Unternehmen, den Hochschulen, der politischen Verwaltung, den Banken, den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern etc) nicht nur verbal gelingt, sondern sich auch in funktionsfähigen Projekten und Strukturen realisiert. Dies ist auch deshalb schwierig, weil sich in modernen "Wissensgesellschaften" Vertrauen immer weniger selbstverständlich herstellt, sondern durch bewusst geschaffene soziale Nähe und institutionelle Netzwerke konstruiert werden muss.

Da es keinen verallgemeinerbaren Bauplan gibt, nach denen eine erfolgreiche Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung durch die Kompetenzfeldstrategie abläuft, weil eine solche Strategie von Region zu Region und von Branche zu Branche unterschiedlich ist und auch sein muss, ist der Prozess der innovativen Restrukturierung offen und bietet damit neben allen Risiken auch Profilierungschancen für die einzelnen Wirtschaftsregionen. Ein konzertiertes Vorgehen ist weiterhin erforderlich, wobei die spezifischen Verflechtungen und Netzwerkstrukturen in den Regionen sowie die besonderen Akteursstrukturen zu beachten sind. So sollte auch

das bei den "key players" der Wirtschaft angesiedelte Kompetenzpotential als "soziales Kapital" betrachtet werden, das über strategische Allianzen für das regionale Umfeld genutzt werden kann.

Ganz allgemein sollten die zweifellos vorhandenen regionalen Kompetenzen zum einen noch weiter profiliert werden, um zukunftsfähig zu bleiben und zum anderen in manchen Fällen noch "wachgeküsst" werden. Dafür ist vor allem ein integriertes und effizientes Standortmanagement notwendig, das sich aus verschiedenen Bausteinen zusammensetzt Konkret bedeutet dies aus regional- und strukturpolitischer Sicht:

- Die vorhandenen Stärken und Kompetenzen des Nordwestraums müssen deutlich besser sichtbar gemacht und kommuniziert werden. Das Standortmarketing ist zu verbessern!
- Durch einen „Benchmarkingprozess“ muss von den erfolgreichen Regionen gelernt werden (und wenn auch die Voraussetzungen anders waren, gibt es trotzdem aus anderen Regionen Hinweise auf innovative regionalpolitische Strategien).
- Die Schwachpunkte des Wirtschafts- und Sozialstandortes müssen nicht nur identifiziert werden, sondern es müssen sichtbare Signale für mehr Effizienz und Zukunftsorientierung gesetzt werden!
- Der Nordwestraum muss an den vorhandenen Kompetenzen ansetzen, Leitbranchen und Wirtschaftscluster definieren, und darauf aufbauend zusammen mit der Wirtschaft zukunftsweisende Projekte umsetzen.
- Gerade die Einbindung von Wirtschaftsakteuren in die neuen Formen regionaler Selbststeuerung ist für den standortpolitischen Erfolg von zentraler Bedeutung.
- Ziel muss sein, eine Transformation der Wirtschaftsstrukturen weiterzuführen, die die Region zum Topstandort in spezifischen innovativen Feldern macht! Statt Gießkannenpolitik sollen wachstumsstarke Zukunftscluster gefördert werden.